



Österreichische und zukünftige Europäische Verpackungsverordnung

Neue Anforderungen, neue Herausforderungen

Dipl.-Ing. Andreas Pertl

Kooperationsveranstaltung „Zukünftige, Europäische Verpackungsverordnung“ | Wien, 12.04.2023

- EU-Recht
 - Verordnung vs. Richtlinie
 - Durchführungsrechtsakt und delegierter Rechtsakt
- Rechtliches zu Verpackungen in Österreich
- Entwurf der EU-Verpackungsverordnung
 - Anforderungen und Herausforderungen, spezieller Fokus auf
 - Art. 6 „Recyclingfähige Verpackungen“
 - Art. 7 „Mindestrezyklatanteil in KST-Verpackungen“
 - Art. 22 „Beschränkungen für bestimmte Verpackungsformate“
 - Art. 39 „Herstellerregister“
 - Art. 40ff „Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung“
- Schlussfolgerungen

- EU-Verordnung ...
 - ... ist ein verbindlicher Rechtsakt, den alle EU-Mitgliedsstaaten vollumfänglich umsetzen müssen, d.h. er ist direkt in der vorliegenden Form wirksam.
- EU-Richtlinie ...
 - ... ist ein Rechtsakt, in dem ein von allen EU-Ländern zu erreichendes Ziel festgelegt wird. Die Gestaltung der notwendigen Rechtsvorschriften zur Zielerreichung obliegt den Mitgliedsstaaten, d.h. eine Richtlinie ist in nationales Recht umzusetzen.
- Durchführungsrechtsakt und delegierter Rechtsakt
 - Die EU Kommission kann diese verabschieden, wenn ihr die entsprechende Befugnis durch einen Rechtsakt übertragen wurde.
 - Die Erarbeitung durch die Kommission, welche danach einen Ausschuss bzw. Expertengruppen aus Vertretern der Mitgliedsstaaten zu konsultieren hat.
 - Im Gegensatz zum Delegierten Rechtsakt kann das EU-Parlament gegen einen Durchführungsrechtsakt zwar Einspruch erheben, diesen aber nicht widerrufen.

Rechtlichen zu Verpackungen in Österreich



- **Abfallwirtschaftsgesetz**
 - Grundsätzliches und Verordnungsermächtigungen für das BMK („Umweltministerium“), oft im Einvernehmen mit dem BMDW („Wirtschaftsministerium“)
 - Bestimmungen für Sammel- und Verwertungssysteme
- **Verpackungsverordnung**
 - Erfassungs- und Recyclingquoten, Stoffverbote
 - Bestimmungen für Primärverpflichtete und Letztverbraucher
 - Anforderungen an Verpackungen und Vermeidung von Verpackungsabfall
 - Begriffsbestimmungen und Beispiele
- **Verpackungsabgrenzungsverordnung**
 - Zuordnung Haushalts- und gewerbliche Verpackungen
- **Abgeltungsverordnung Haushaltsverpackungen**
 - Regelung der Abgeltung von Verpackungen im Restmüll

– Vorteile und Potentiale

- Einheitliche europaweite Regelung
- Intention eines besseren Verständnisses und einer besseren Umsetzbarkeit insbesondere für Importeure in die EU und große europäische Hersteller im Binnenmarkt
- Erhoffte bessere Vergleichbarkeit der Performance zwischen den Mitgliedsstaaten
- Höherer Grad an „Registrierten“ zur Reduzierung von Trittbrettfahrern

– Probleme und Challenges

- Großer Änderungs- bzw. „Lösch“-bedarf bei bestehenden Regelungen in Mitgliedsstaaten
- Vielzahl angedachter Durchführungsrechtsakte und delegierter Rechtsakte
- Nahezu keine Ausnahmen für Klein- und Kleinstinverkehrbringer
- Fehlende Schnittstelle zwischen „Registrierung“ und „Systemteilnahme“ konterkariert Trittbrettfahrerreduktion
- Bürokratischer Aufwand und überambitionierte Ziele

EU-VerpackVO – Art. 6 „Recyclingfähige Verpackungen“



- Verbindung von „recyclingfähig gestaltet“ und „in großem Maßstab rezykliert werden können“
 - Generell begrüßenswert
 - Delegierte Rechtsakte als **großes Planungsrisiko**
 - Kriterien für recyclingorientierte Gestaltung (ab 2030)
 - Anforderungen an eine großmaßstäbliche Recyclingfähigkeit (ab 2035)
 - Ökomodulation im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung
- **Fairness und Datenlage**
 - Methodik muss eine Einzelbetrachtung trotz Anwendung anhand der Verpackungsarten nach Anhang II Tab. 1 weiterhin ermöglichen
 - Ausschlüsse auch in grundsätzlich recyclingfähigen Verpackungsarten
 - Möglichkeit von Einzelnachweisen auch in nicht-recyclingfähigen Verpackungsarten
 - Datengrundlagen für die Methodik „großmaßstäbliche Recyclingfähigkeit“ liegen europaweit nur sehr unzureichend vor

EU-VerpackVO – Art. 6 „Recyclingfähige Verpackungen“



- **Delegierte Rechtsakte** ... Verhinderung von Planungsunsicherheit wesentlich!!!
 - Regelungen sind mehr als überfällig
 - Am Besten wäre eine Regelung direkt in der Verordnung
 - Klarheit zur Anrechenbarkeit von chemischem Recycling ist herzustellen
 - „Schwarze Liste“ – Regelung fehlt
- **Öko-Modulation**
 - Kompetitives Herstellerverantwortungssystemen (wie in Österreich) benötigt andere Voraussetzungen als in der Verordnung wiedergegeben
 - Direkte Öko-Modulation der Tarife ist nicht zielführend (= führt zu Intransparenz und ist unfair)
 - SVS übernehmen Verpackungsabfälle, wie sie anfallen, nach Marktanteilen und nicht nach der Zusammensetzung gemäß Inverkehrbringerportfolio
 - Geringere Einnahmen durch ein hohes Ausmaß an TOP-PERFORMER-Kunden führen zu einem Nachteil beim betroffenen SVS, da die anteiligen Kosten im gleichen Ausmaß wie bei Mitbewerbern zu tragen sind
 - Verordnung müsste bspw. eine **Fonds-Lösung** zulassen

EU-VerpackVO – Art. 7 „Mindestrezyklatanteile KST-VP“



- Grundsätzlich sind Mindestrezyklatanteile für ein Ankurbeln einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft **sehr sinnvoll**
- Mindesteinsatzquoten von Rezyklaten
 - Berücksichtigung des Potentials
 - Bessere Berücksichtigung von grundlegenden Bedingungen je Produktgruppe (Quoten anpassen)
 - Unmöglich, dies für sämtliche eingesetzte Kunststoffe umzusetzen (ACHTUNG: Anstriche, Klebstoffe, Lacke,...) – besser nur für KST-Verpackungen
 - Bezug zur Verpackungseinheit... praktisch umsetzbar?
- **Delegierter Rechtsakte ...**
 - Berücksichtigung des Rezyklateinsatzes bei der Öko-Modulation
 - Direkte Öko-Modulation der Tarife ist nicht zielführend (= führt zu Intransparenz und ist unfair)
 - siehe Folie 6
 - Mindestprozentsätze könnten angepasst werden – Planungssicherheit für Investitionen?

EU-VerpackVO – Art. 22 „Beschränkungen / Verbote“



- Verbote werden in Anhang 5 geregelt
 - Große Auswirkungen insbesondere auf HORECA
 - Ausnahmebestimmungen und Anwendbarkeit?
- Erwartete Auswirkungen
 - Erhöhung der Transportemissionen
 - Erhöhung des Materialeinsatzes
 - Erhöhung von Lebensmittelabfällen
 - ...
- Generelles Überdenken unter Einsatz von Lebenszyklusanalysen

EU-VerpackVO – Art. 39 „Herstellerregister“



- Einheitliches europäisches Herstellerregister ist zu begrüßen!!!
- Formate für einen erfolgreichen Datenaustausch sind festzulegen
 - Vereinfachung für eine Registrierung in nur einem Mitgliedsstaat – wenn Daten weitergegeben werden können
- Wesentlich: Hersteller sollen sich selbst – möglichst nur in einem Mitgliedsstaat – registrieren
 - Registrierung durch vorhandene PROs ist auf Grund unterschiedlicher nationaler Regelungen nicht zielführend
- Kombination des Registers mit einer Information der Erfüllung der Pflichten aus der erweiterten Herstellerverantwortung wäre sinnvoll
 - Bsp. Systemteilnehmerauskunft der VKS <https://auskunft.schnittstellen.vks-gmbh.at/>
- Meldepflichten insbesondere für kleine Unternehmen „ÜBERBORDEND“

- In Österreich: Was bleibt, was muss weg?
 - Genaue Prüfung der derzeitigen Regelungen notwendig, um „Golden Plating“ zu verhindern
- In Europa: Bleibt die Vielfalt bestehen?
 - Erweiterte Herstellerverantwortung und deren Ausgestaltung soll weiterhin unterschiedliche in Mitgliedsstaaten gehandhabt werden können
 - Prüfung aller Regelungen der Mitgliedsstaaten würde aufrecht bleiben
 - Verpflichtung zur Teilnahme an einem Sammel- und Verwertungssystem wäre aus vielerlei Gründen sinnvoll
- Haushalts- und Gewerbesystem – Quo vadis?
 - Anwendungsbereich der VO gilt für ALLE

EU-VerpackVO – „Sonstiges Erwähnenswertes“



- **Kompostierbare Verpackungen (Art. 8)**
 - Kaffeekapseln als Verpackungen und verpflichtend kompostierbar – Was kann man davon halten?
 - Kompostierbare Verpackungen – Kompostierung? Anreiz für Fehlwürfe?
 - Delegierter Rechtsakt ... Ausweitung der Verpackungsarten möglich
 - Intendierter Entsorgungsweg = Biotonne – Was bedeutet das?
- **Minimierung von Verpackungen (Art. 9)**
 - Sehr hoher Dokumentationsaufwand
 - Verkennen der Marktsituation?
- **Kennzeichnungspflichten (Art. 11 & 12)**
 - **Einheitliches Labelling und einheitliche Piktogramme** wären jedenfalls begrüßenswert
 - Wichtig! Für europaweit einheitliche Informationen zur Entsorgung der Verpackungen muss auch die Entsorgungslandschaft einheitlich sein!

- Vereinheitlichung der europäischen Regularien im Bereich der Herstellerverantwortung von Verpackungen sind grundsätzlich sinnvoll
- Etablierung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft muss im Mittelpunkt stehen
- Regelungen dürfen dieses Ziel (inklusive Abfallvermeidung) nicht konterkarieren
- Digitale und länderübergreifende Lösungen sollen Bürokratie vermeiden und nicht erhöhen
- Opt-Out-Möglichkeiten für kleine Unternehmen sind unbedingt notwendig!
- **Delegierte Rechtsakte** führen zu einem hohem Ausmaß an Planungsunsicherheit
- Besserer Weg? Auftrennen der Inhalte in eine Verordnung und eine Richtlinie
 - Verordnung: Kennzeichnungspflichten, Rezyklatanteile, Register,...
 - Richtlinie: Erreichen der Recyclingquoten, Sammlung und Verwertung, ...

Initiative der SVS „ÖSTERREICH SAMMELT“



- Website: www.oesterreich-sammelt.at
 - Entscheidungsbaum für die richtige Sammlung
 - PLZ-Abfrage für die richtige Sammlung von LVP/MET
 - Goldene Regeln zur Sammlung
 - Wissensquiz
 - Abfallvermeidungs-Tipps
- Facebook: <https://www.facebook.com/oesterreichsammelt>
- Instagram: <https://www.instagram.com/oesterreichsammelt/>



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ansprechpartner bei der VKS:

Dipl.-Ing. Andreas Pertl

Zieglergasse 8 / TOP3

1070 Wien

Tel. +43 1 9969668-16

andreas.pertl@vks-gmbh.at

www.vks-gmbh.at

